



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 26144

Fax: (0221)

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 14.03.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 28.02.2011, 15:05 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Uckermann pro Köln

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der Grünen (originär FDP)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Frau Yvonne Bußmann	FDP
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Herr Bronisc.

Herr Thelen fragt nach Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung. Diese werden nicht erhoben.

Herr Thelen bittet um Zustimmung, dass der Tagesordnungspunkt (TOP) 3.1 als erstes (vor den Mitteilungen) behandelt wird, da die Verwaltung weitere Termine hat. Es bestehen keine Einwände.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Begrüßung und Verpflichtung neue Ausschussmitglieder
Herr Jürgen Koch, Ratsmitglied, CDU
Frau Christel Tank, sachkundige Einwohnerin, pro Köln

1 Mitteilungen

- 1.1 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen in Deutz (Az: 02-1600-11/10)
hier: Bericht über den Ortstermin aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 13.09.2010, TOP 1.1
4844/2010
- 1.2 Eingabe für die Verbesserung der Verkehrssituation in der Hohe Straße in Porz-Ensen (Az.: 02-1600-70/08)
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Porz vom 02.12.2008, TOP 2.1
0285/2011

1.3 Mündliche Mitteilungen der Verwaltung

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Toilettenkonzept

2.1.2 Kleingehöft Fenger-Schöngen

2.1.3 Turnhalle Porz-Mitte

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Ausgrabungen am Deutzer Rheinufer (02-1600-69/10)
4804/2010

3.2 Nächtlicher Fluglärm in Köln-Stammheim (02-1600-55/10)
4632/2010

3.3 Straßennamensschilder aus Emaille (02-1600-60/10)
4808/2010

3.4 Erläuterung von Straßennamen durch Zusatztafelchen (Az. 02-1600-53/10)
4677/2010

I. Öffentlicher Teil

Begrüßung und Verpflichtung neue Ausschussmitglieder
Herr Jürgen Koch, Ratsmitglied, CDU
Frau Christel Tank, sachkundige Einwohnerin, pro Köln

Herr Thelen begrüßt Herrn Koch als neues Ausschussmitglied.

Herr Thelen verpflichtet Frau Tank, ihre Aufgabe als sachkundige Einwohnerin nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

1 **Mitteilungen**

1.1 Einführung von fußgängerfreundlichen Zonen in Deutz (Az: 02-1600-11/10)
hier: Bericht über den Ortstermin aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 13.09.2010, TOP 1.1 4844/2010

Herr Fischer bittet um Stellungnahme zu der Rückfrage aus der letzten Sitzung zum Schwerlastverkehr in der Mathildenstraße.

Herr Rothe erläutert, dass es sich um ein reines Wohngebiet handelt. Es ist davon auszugehen, dass hierbei ausschließlich Lkw Fahrten stattfinden, die der Versorgung des Stadtteils mit seinen Geschäften und der Gastronomie dient und somit Anliegerverkehre sind. Eine wirksamere Beschilderung zur Reduzierung des LKW-Verkehrs ist nicht möglich.

Herr Ciesla-Baier schlägt vor, die Mitteilung der Verwaltung so zur Kenntnis zu nehmen. Die von der Verwaltung angesprochenen Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in Deutz sollten umgesetzt und die politischen Gremien darüber informiert werden.

1.2 Eingabe für die Verbesserung der Verkehrssituation in der Hohe Straße in Porz-Ensen (Az.: 02-1600-70/08)
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Porz vom 02.12.2008, TOP 2.1 0285/2011

1.3 **Mündliche Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Dr. Höver gibt Informationen zu Anfragen aus der letzten Sitzung:

S-Bahnhof Weiden: Die DB Station&Service AG, Bahnhofsmanagement Köln hat dem Amt für Brücken und Stadtbahnbau zwischenzeitlich mitgeteilt, dass ein Windschutz bestellt sei.

Wechselmöglichkeit bei der AWB zwischen Teil- und Vollservice: Die Änderungen wurden den Grundstückseigentümern mit dem Bescheid über Grundbesitzabgaben mitgeteilt.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Toilettenkonzept

Frau Domke erinnert an die offenen Punkte aus der Beschluss-Controlling-Liste. Zu den Gratistoiletten wurde eine Mitteilung für Frühjahr 2011 angekündigt. Sie bittet um Mitteilung, wann mit der Vorlage zu rechnen ist.

2.1.2 Kleingehöft Fenger-Schöngen

Frau Domke erinnert an den Beschluss zur Vorlage 5287/2009 Restaurierung des Kleingehöftes Fenger-Schöngen (Az.: 02-1600-84/09). Die Verwaltung wurde gebeten, die Sicherung der Bausubstanz im Sinne des Denkmalschutzes zu begleiten und den Ausschuss regelmäßig über den Fortgang der Restaurierungsarbeiten zu informieren.

2.1.3 Turnhalle Porz-Mitte

Herr Schneider erinnert an den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 22.11.2010 (3936/2010). Die Angelegenheit wurde zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung verwiesen mit der Bitte, die Ergebnisse aus der Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten dem Ausschuss zur erneuten Beratung vorzulegen.

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Ausgrabungen am Deutzer Rheinufer (02-1600-69/10) 4804/2010

Herr Thelen begrüßt die Vertreter des Vereins Fortis Colonia e.V., der die Eingabe eingereicht hat, Herrn Dr. Schmidt und Herrn Burauen. Er bittet die Petenten um Zustimmung, dass zu dem Thema auch der Vertreter der Bürgerinitiative für die Erhaltung des kulturellen Erbes in Deutz, Herr Tremblau gehört wird. Es bestehen keine Einwände.

Für die Verwaltung sind anwesend Herr Dr. Bauer (Grünflaschenamt) und Herr Dr. Trier (RGM)

Herr Dr. Schmidt erläutert die Petition anhand eines Modells der Ausgrabungen.

Herr Dr. Bauer erläutert die Historie des Projektes Rheinboulevard. Die Öffentlichkeit, darunter der Verein Fortis Colonia und die Bürgerinitiative wurden im Projektverlauf

beteiligt. Die von dort geäußerten Vorschläge werden derzeit in der Verwaltung diskutiert. Neben der Stadt gibt es eine große Zahl weiterer Beteiligter in dem Projekt, wie der Landschaftsverband Rheinland, verschiedene Behörden der Landesregierung sowie die Bauherren des angrenzenden ehemaligen Lufthansahochhauses. Der in dem Umfang nicht erwartete Aufwand für die Sicherung der archäologischen Funde war im bisherigen Etat für den Rheinboulevard nicht eingeplant. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass hierfür noch finanzielle Zuschüsse des Landes gewährt werden. Derzeit wird ein Ratsbeschluss vorbereitet, der die Grundlage für die weiteren Maßnahmen bildet.

Herr Dr. Trier veranschaulicht anhand einer Powerpoint-Präsentation den Stand der bisherigen Ausgrabungen an der Baustelle Rheinboulevard. Er erklärt, dass zum Schutz der Bodendenkmäler schon einige Maßnahmen eingeleitet wurden. So wurde beispielsweise die Hochwasserschutzmauer erheblich verschmälert und zum Schutz des zum Teil freigelegten Wehrturms aus dem 13. Jahrhundert um einige Meter verschwenkt.

Herr Ciesla-Baier fragt nach dem Hintergrund des Vereins Fortis Colonia. Er bittet außerdem um Mitteilung, welcher zusätzliche Aufwand und welche zeitliche Verzögerung durch die Planänderungen aufgrund der archäologischen Funde zu erwarten sind und welche Auswirkungen dies auf die Fertigstellung des Rheinboulevards hat. Er bittet um Erläuterung der zeitlichen Planung für die Beteiligung der Bürger im Rahmen des angesprochenen „Runden Tisches“ und der politischen Gremien.

Herr Kretschmer begrüßt die vielen positiven Meldungen und dass sowohl der Hochwasserschutz als auch die Sicherung der Ausgrabungen berücksichtigt werden. Die Einrichtung eines „Runden Tisches“ wird auch ausdrücklich befürwortet. Wichtig sei, dass keine verbindlichen Tatsachen geschaffen werden, bevor die Abstimmung mit den Bürgern am „Runden Tisch“ stattgefunden hat. Herr Kretschmer fragt, ob bereits Vergaben an Unternehmen erfolgt seien, die Planänderungen einschränken würden. Er fragt weiterhin, wie wird mit weiteren archäologischen Funden umgegangen und wie sieht die Finanzierungsplanung aus.

Herr Zimmermann fragt, ob es wegen der Zufahrt über den LVR-Parkplatz bereits Kontakte zum LVR gäbe. Er fragt außerdem, ob der Kulturausschuss im Beratungsverlauf berücksichtigt ist.

Herr Löwisch fragt nach den archäologischen Funden zum Lufthansahochhaus.

Frau Domke bittet ebenfalls dieses Thema zu erläutern.

Herr Uckermann teilt mit, dass nach seiner Auffassung der Ausgrabungsbereich sehr kompakt sei und daher gut in die Gestaltung einzubinden sei. Er fragt nach den Pflichten aus dem Denkmalschutz zur Erhaltung der Funde und wie die Finanzierung dafür geregelt sei bzw. welche Finanzierungspflichten des Landes bestehen.

Herr Dr. Schmidt erläutert den Hintergrund des Vereins Fortis Colonia e.V.. Der Verein setzt sich für die Erhaltung und Bewusstmachung der historischen Befestigungen Kölns ein. Der Verein wird vertreten durch die Vorsitzenden Herrn Konrad Adenauer und Herrn Werner Burauen. Der Verein hat ca. 180 Mitglieder.

Herr Dr. Bauer teilt mit, dass durch Funde bisher keine zeitlichen Verzögerungen im Planungsprozess entstanden sind. Es stehen aber weniger Flächen für die Baustelleneinrichtungen zur Verfügung. Bisher wurde die Abtragung des alten Bahndamms vergeben. Durch die entstandenen Verzögerungen aufgrund des Baustopps und der Änderungen in der Ausführung sowie der Folgekosten für die Bodendenkmäler sind Mehrkosten in Millionenhöhe zu erwarten. Sobald die Vorschläge aus der Öffentlich-

keitsbeteiligung ausgewertet sind, wird die Verwaltung dem Rat über die Fachgremien einen Beschlussvorschlag über das weitere Vorgehen vorlegen.

Wie mit weiteren archäologischen Funden umgegangen wird, wird zu gegebener Zeit geprüft. Es ist dann mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen, für die weitere Landesmittel zu beantragen wären.

Herr Dr. Trier ergänzt, dass die Maßnahmen auch im Kultur-, Umwelt und Hauptausschuss vorgestellt wurden. Die Planungen beinhalten auch die Einbeziehung des LVR und der Bauherrn des ehemaligen Lufthansahochhauses.

Für die Ausgrabungen nach dem Denkmalschutzgesetz gilt das Verursacherprinzip. Es ist möglich, die Bauherren mit 3-5% der Bausumme an den Kosten zu beteiligen.

Herr Schneider schlägt vor, zum Beschlussantrag zu kommen, da es offenbar keinen wesentlichen Dissens zwischen Verwaltung und Petent gebe. Der Beschlussantrag sollte durch die Einrichtung eines „Runden Tisches“ ergänzt werden.

Frau Herbers-Rauhut unterstützt diesen Vorschlag.

Herr Uckermann plädiert für einen verbindlicheren Beschluss, der absichert, dass die Erhaltung des Gesamtbestandes der archäologischen Funde gesichert ist.

Herr Thelen schlägt vor, die geäußerten Anregungen in einem umfassenden ergänzten Beschluss aufzunehmen. Er schlägt folgende Ergänzung vor:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Einwände der Petenten bei der Planung zu berücksichtigen. Der Verein Fortis Colonia e. V. sowie die Bürgerinitiative für die Erhaltung des kulturellen Erbes in Deutz sind bei der weiteren Planung etwa im Rahmen eines „Runden Tisches“ einzubeziehen. Durch die laufenden Bauarbeiten sollen keine endgültigen Tatsachen im Blick auf die Inhalte und Gestaltung des historischen Parks (archäologische Funde) geschaffen werden. Der Landschaftsverband Rheinland soll in eine kooperative Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Rheinboulevards einbezogen werden.

Die zuständigen Ratsgremien und die Bezirksvertretung Innenstadt sind im Beratungsverlauf zu beteiligen.“

Herr Uckermann zieht daher seinen Änderungsantrag zurück.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss unterstützt das Ziel der Verwaltung, den eindrucksvollen Denkmälerbestand in das Projekt Rheinboulevard einzubetten und so die freigelegten Denkmäler in die künftige Neugestaltung des Kennedy-Ufers angemessen und ästhetisch anspruchsvoll zu integrieren.

Die Verwaltung wird gebeten, die Einwände der Petenten bei der Planung zu berücksichtigen. Der Verein Fortis Colonia e. V., die Bürgerinitiative für die Erhaltung des kulturellen Erbes in Deutz und der Rheinische Verein für Denkmalpflege sind bei der weiteren Planung etwa im Rahmen eines „Runden Tisches“ einzubeziehen. Durch die laufenden Bauarbeiten sollen keine endgültigen Tatsachen im Blick auf die Inhalte und Gestaltung des historischen Parks (archäologische Funde) geschaffen werden. Der Landschaftsverband Rheinland soll in eine kooperative Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Rheinboulevards einbezogen werden.

Die zuständigen Ratsgremien und die Bezirksvertretung Innenstadt sind im Beratungsverlauf zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Nächtlicher Fluglärm in Köln-Stammheim (02-1600-55/10) 4632/2010

Herr Thelen begrüßt den Petenten sowie für die Verwaltung Herrn Gottlebe vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt.

Der Petent erläutert seine Eingabe. Nach seinen Beobachtungen haben sich die Flugrouten tatsächlich in den letzten Jahren verändert. Insofern seien die Aussagen der Deutschen Flugsicherung (DFS) nicht richtig. Die angebotenen Fluglärmmessungen durch den Flughafen Köln Bonn (FKB) seien nur wenig hilfreich, da der FKB bei seinen Lärmmessungen einen Mittelwert über 24 Stunden feststelle, der nicht die tatsächliche Belastung zu Spitzenzeiten wiedergebe. Der Petent beantragt nicht eine bloße Verlegung der Flugrouten, da ihm klar sei, dass damit das Problem nur an andere Bürger verlagert würde. Stattdessen solle geprüft werden, wie die Flugrouten so verlegt werden können, dass möglichst Gebiete mit geringer Wohnbebauung überflogen werden.

Herr Gottlebe erklärt, dass es sich bei den Flugrouten um idealisierte Flugspuren handelt, von denen innerhalb eines zulässigen Korridors / Trichters abgewichen werden könne. Die Breite dieses Korridors beträgt zum Teil 3 km, so dass subjektiv der Eindruck nachvollziehbar sei, dass die Flugrouten geändert wurden. Der FKB habe aber bereits zugesagt, weitere Lärmmessungen auch im Wohnbereich des Petenten durchzuführen.

Herr Schneider fragt, ob es eine realistische Chance gebe, die Flugrouten innerhalb der zulässigen Korridore im Hinblick auf die Lärmbelastung der Anwohner zu optimieren.

Herr Kretschmer fragt, wie unabhängig die Lärmmessungen seien und ob die Stadt selbst Lärmmessungen durchführen könne. Er fragt ferner nach dem Stand der Weiterentwicklung lärmarmen Flugzeuge.

Herr Uckermann stellt die Frage nach den Interessen der Fluglärmkommission; stünden wirtschaftliche oder Anwohnerinteressen im Vordergrund?

Her Gottlebe erklärt, dass das Hauptinteresse der Fluglärmkommission die Minderung der Lärmbelastung ist. Aber es werden in dem Gremium auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge berücksichtigt. Die Anwohnerinteressen in der Region Köln-Bonn sind sehr vielfältig und daher mitunter auch konträr, da die Bürger verschiedene Wohnorte und wirtschaftliche Verbindungen zum Flughafen haben.

Die Anflugrouten lassen sich nach Auffassung von Herrn Gottlebe aber gegebenenfalls optimieren. Eventuell sollten diesbezüglich die von der Stadt in die Fluglärmkommission benannten Vertreter der Stadt gebeten werden, dies in dem Gremium anzusprechen.

Die Messungen durch den Flughafen seien durchaus seriös, sie erfolgen anhand geeichter Messgeräte. Zu prüfen sei ggf., ob noch zu weiteren Zeiten gemessen werden sollte.

Technisch sei noch einiges möglich zur Lärmreduzierung der Flugzeuge, die Entwicklung sei zwar insbesondere im militärischen Bereich erheblich voran geschritten, es sei zu erhoffen, dass der Linienverkehr davon auch noch profitiere.

Herr Schneider erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließt. Die Bemühungen zur Optimierung der Anflugrouten sollten noch ergänzend im Beschluss berücksichtigt werden.

Herr Thelen hält es darüber hinaus für wichtig, dass das Kölner Umweltamt bei den vom Flughafen angebotenen Lärmmessungen beteiligt wird. Außerdem sollte durch die Vertreter der Stadt in der Fluglärmkommission auf eine Verminderung des Fluglärms hingewirkt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt dem Ausschuss Umwelt und Grün folgende Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Flughafen Köln/Bonn GmbH zu bitten, die mobilen Messstellen im Stadtteil Stammheim einzusetzen. Bei den Lärmmessungen soll das städtische Umwelt- und Verbraucherschutzamt beteiligt und über die Ergebnisse informiert werden. Eine Auswertung dieser Ergebnisse soll dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und dem Ausschuss für Umwelt und Grün vorgelegt werden.

Die Verwaltung wird gebeten, sich beim Flughafen Köln Bonn für eine Optimierung der Anflugrouten einzusetzen. Die Vertreter der Stadt in der Fluglärmkommission werden gebeten, in der Fluglärmkommission auf eine Verminderung der Fluglärmbelastung der Bevölkerung hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Straßennamensschilder aus Emaille (02-1600-60/10) 4808/2010

Herr Thelen begrüßt den Petenten sowie für die Verwaltung Frau Jürgens und Herrn Rothe.

Der Petent erläutert seine Eingabe.

Herr Rothe erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen zu Straßennamensschildern, aus denen sich auch die Aufstellungsart ergibt.

Herr Kretschmer hinterfragt die rechtlichen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung, da es Straßen gäbe, an denen keine Namensschilder aufgestellt seien. Herr Fischer ergänzt, dass in Ausnahmefällen, beispielsweise beim Hans-Lommerzheim-Weg Emailleschilder aufgestellt wurden. Herr Thelen spricht sich dafür aus, dass der Beschlussvorschlag um die Möglichkeit ergänzt wird, dass in besonderen Fällen, etwa bei denkmalgeschützten Gebäuden aus ästhetischen Gründen auch Emailleschilder verwendet werden können.

Herr Schneider beantragt, über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abzustimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung sowie der Verwaltung für die Prüfung des Vorschlags. Aus den dargestellten wirtschaftlichen Gründen empfiehlt der Ausschuss, die bisherigen Straßenschilder weiter zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.4 Erläuterung von Straßennamen durch Zusatztäfelchen (Az. 02-1600-53/10)
4677/2010**

Der Petent erläutert seine Eingabe. Er bedankt sich für die von der Verwaltung in der Beschlussvorlage angebotene Regelung, durch die seinem Antrag in seinem Sinne entsprochen wird. Er schlägt vor, die in der Beschlussvorlage aufgeführten Verfahrenspunkte in einem Merkblatt zusammen zu fassen, als Information für interessierte Bürger. Statt dem Punkt „Eine Spendenquittung wird nicht erteilt“, sollte die erläuternde Information zur Spendenbescheinigung angefügt werden.

Frau Jürgens erklärt, dass die Verwaltung den Vorschlag für ein Merkblatt gerne aufgreift.

Herr Rothe teilt mit, dass das Verfahren so durchgeführt werden kann. Vor Erstellung des Merkblattes müsste aber noch geprüft werden, ob die in der Beschlussvorlage genannten Regelungen zu Spendenbescheinigungen noch auf dem aktuellen Stand seien.

(Hinweis der Verwaltung: Die Regelungen wurden überprüft und als richtig bestätigt)

Beschluss:

Der Vorschlag, Straßennamensschilder durch Zusatzschilder zu ergänzen, die Informationen zum jeweiligen Namensgeber enthalten und die durch Sponsoren finanziert werden, wird begrüßt. Die Verwaltung wird gebeten, das von ihr vorgeschlagene Verfahren umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.